

Wahlprüfsteine des LSVD zur Wahl des 20. Schleswig-Holsteinischen Landtags am

8. Mai 2022

Antworten der AfD im Landtag Schleswig-Holstein

1. LSBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität entgegenwirken.

Welche Maßnahmen planen Sie, damit Polizei/Staatsanwaltschaften queerfeindliche Gewalt besser erkennen, aufklären und Betroffene schützen können? (Landesweite Einrichtung von AP LSBTIQ* bei Polizei / Staatsanwaltschaften / Bund-Länder-Programm)

Antw.:

Die AfD steht uneingeschränkt zu den Werten, die sich aus Grundgesetz und Landesverfassung ergeben, daher ist gegen jedwede Form der Kriminalität entschieden vorzugehen, deren Motivation sich aus der Ablehnung aufgrund sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten speist. Das deutsche Strafrecht kennt jedoch keine gesondert als Hassdelikte zu qualifizierenden Straftaten, insofern kann den Strafverfolgungsbehörden hier auch keine gesonderter Aufgabenschwerpunkt im Bereich der Verfolgung von LSBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität zugewiesen werden. Ansprechstellen in der Landespolizei Schleswig-Holstein gibt es bereits seit 2018, zudem ist die Landespolizei längst in ausreichendem Maße sensibilisiert, so dass eine Ausweitung dieser Thematik nach unserer Auffassung nicht erforderlich ist.

2. Aktionsplan weiterentwickeln und finanziell untersetzen.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten „Echte Vielfalt“ auskömmlich finanziert, im Haushalt untersetzt, weiterentwickelt sowie die Geschäftsstelle bedarfsgerecht ausfinanziert wird?

Antw.:

Nach einem Bericht der Landesregierung sind für den Aktionsplan "Echte Vielfalt" Haushaltsmittel in 2022 i. H. v. 70.000 € eingestellt. Für LSBTIQ*-Beratungsstellen und Antidiskriminierungsprojekte sind weitere 312.000 € vorgesehen. Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags halten wir die Bereitstellung von Steuergeldern in dieser Höhe mindestens für auskömmlich, weiteren Mittelzuwendungen werden wir uns nicht anschließen.

3. Regenbogenfamilien stärken.

Wie wollen Sie Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans* oder inter* Eltern) stärken, niedrigschwellige Beratungsangebote schaffen und Jugendämter sowie die Strukturen der Frühen Hilfen sensibilisieren?

Antw.:

Die AfD bekennt sich zum Leitbild der traditionellen Familie. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Diese natürliche Gemeinschaft bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns.

4. Regenbogenkompetenz in der Jugendarbeit.

Wie wollen Sie die Regenbogenkompetenz (professioneller u. diskriminierungsfreier Umgang) in den Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sowie -hilfe erhöhen und dafür sorgen, dass das Thema in die Aus- und Fortbildung von Fachkräften aufgenommen wird?

Antw.:

„Regenbogenkompetenz“ ist ein 2014 künstlich geschaffener Begriff und umschreibt die Fähigkeit, mit dem Thema der sexuellen Orientierung diskriminierungsfrei umzugehen. In den mit der Kinder- und Jugendarbeit beauftragten Berufsbildern ist diese Thematik nicht mehr neu, die Fähigkeit des professionellen und diskriminierungsfreien Umgangs ist nach unserer Auffassung in ausreichendem Maße vorhanden. Eine Ausweitung in der Aus- und Fortbildung von Fachkräften planen wir nicht.

5. Diskriminierungsschutz ausbauen, Vielfalt fördern *Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die Landesverfassung LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet, ein Landesantidiskriminierungs-gesetz auf den Weg gebracht und LSBTIQ* im NDR-Rundfunkrat Sitz und Stimme bekommen?*

Antw.:

Die Landesverfassung beinhaltet ein klares Bekenntnis zu den im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechten. Darin enthalten ist ein klares Diskriminierungsverbot, zudem sieht das BVerfG den Schutz der Geschlechtsidentität im Allgemeinen Persönlichkeitsrecht verankert. Eine weitergehende LSBTIQ*-inklusive Ausgestaltung der Landesverfassung oder die Schaffung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes lehnen wir ab.

Der NDR-Rundfunkrat entscheidet in eigener Verantwortung über die Zusammensetzung des Rundfunkrates.

6. Respekt in Bildung vermitteln – Vielfalt im Unterricht sichtbar machen.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Schulgesetz und die Lehrpläne LSBTIQ-inklusiv ausgestaltet werden, die Regenbogenkompetenz der Lehrkräfte erhöht wird und Schulaufklärungsprojekte flächendeckend gefördert werden?*

Antw.:

Siehe Antwort zu Pkt. 4

7. Fachgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote für trans* und inter* Menschen aufbauen

Wie wollen Sie Angebotsstrukturen initiieren und dafür sorgen, dass auch die Pflege und der Gesundheitsbereich sensibilisiert und das Thema in Aus- und Fortbildungen aufgenommen wird?

Antw.:

Siehe Antwort zu Pkt. 4

8. Queere Geflüchtete schützen

Wie wollen Sie die fachspezifischen Anlaufstellen für LSBTIQ-Geflüchtete (Verfahrensberatung, psychosoziale Beratung) stärken, für den flächendeckenden Ausbau der Beratungsstrukturen sorgen und Geflüchtete in und um Unterkünfte vor Gewalt und Anfeindungen schützen?*

Antw.:

Auch Menschen, die in unserem Land Asyl und Schutz suchen haben selbstverständlich ein Recht, diskriminierungsfrei und ohne Angst vor Verfolgung aufgrund sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität zu leben. Dies gilt gerade auch in Gemeinschaftsunterkünften und Wohngruppen. Hier bedarf es einer stärkeren Sensibilisierung bereits bei der Zuteilung von Asyl- und Schutzsuchenden in Bezug auf kulturelle und religiöse Zugehörigkeiten, die nicht selten Grund und Auslöser für Gewalt und Anfeindungen sind.

Wir setzen uns dafür ein, diese Problematik mit der notwendigen Offenheit jenseits einer falschen Tabuisierung zu behandeln. Dazu gehört auch, den Aufenthalt derer in unserem Land zu beenden, die andere Menschen aufgrund ihrer sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identität verfolgen oder angreifen. Diese Form der Diskriminierung und Kriminalität dulden wir nicht.